



Mitteilungen der Gesellschaft Mai 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ab dieser Ausgabe können Sie die Mitteilungen schneller erfassen, weil schon im Inhaltsverzeichnis Ort und Datum der jeweiligen Veranstaltung angegeben sind.

Ich wünsche Ihnen weiter ein ertrag- und erfolgreiches Frühjahr!

Ihr Georg Nolte

Inhaltsverzeichnis

I. Veranstaltungen.....	4
1. Gezielte Tötungen mit Drohnen? – Eine völkerrechtliche Bewertung Frankfurt a.d. Oder, 27.05.2015	4
2. 90 th Anniversary of the Institute of Air and Space Law – Symposium Air Law – Space Law – Cyber Law: Looking at 100 Years of Air Law and 60 Years of Space Law Köln, 28.05.2015	4
3. Die völkerrechtliche Verfolgung der Zerstörung von Kulturgütern: Eine Fallstudie zu Kambodscha..... Köln, 02.06.2015	5
4. 70 Jahre Hiroshima und Nagasaki: Zeit für ein Atomwaffenverbot? Berlin, 03.06.2015.....	5
5. Verantwortung einfordern! - Soziale und ökologische Dimensionen der Menschenrechte im UN-Gipfeljahr 2015 Berlin, 12.06.2015.....	6
6. Der Schutz von Flüchtlingen durch die Vereinten Nationen Dresden, 09.06.2015.....	7
7. Jurisdiction & Dispute Resolution in the Internet Era: Governance and Good Practices, International Conference Genf, 17./18.06.2015	8
8. The Procedure of the ICC: A Compromise of Adversarial and Inquisitorial Elements Berlin, 22.06.2015.....	8
9. The ICC Preliminary Examination in Palestine Berlin, 23.06.2015	8
10. Die Reform der Vereinten Nationen – A never ending story Freiburg, 24.06.2015.....	9
11. The Crimean Crisis in the Light of International Law Berlin, 25.06.2015.....	9
12. Scheitert der Beitritt der EU zur EMRK? Zum Verhältnis von EuGH und EGMR Hagen, 06.07.2015	10
13. Eröffnung der Wengler-Bibliothek für Internationales Recht an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, 24.09.2015	11
II. CfP.....	12
1. ESIL Interest Group on International Economic Law.....	12

2.	Dialogue between Judges. The Court of Justice of the European Union and Other International Courts	13
3.	Die Grenzen der Demokratie	13
4.	Implementation and Judicial Politics in the EU.....	16
5.	The Future of Transatlantic Economic Governance in the Age of the BRICS	17
III.	Stellenausschreibungen	20
1.	½ Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin/wissenschaftlicher Mitarbeiter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz	20
3.	1 Stelle als Universitätsprofessor/Universitätsprofessorin, Paris Lodron-Universität Salzburg,.....	22
4.	1 PhD position (100%) University of Berne.....	22
5.	1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (75%), Humboldt-Universität zu Berlin.....	23
6.	1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%), Humboldt-Universität zu Berlin	24
7.	1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%), Humboldt-Universität zu Berlin	25
8.	1 Akademische/-r Mitarbeiter/-in (75%), Universität Potsdam.....	26
9.	Senior Research Fellow, German Institute of Global and Area Studies, Hamburg	27
IV.	Summer Schools	30
1.	2015 Bologna Symposium on Conflict Prevention, Resolution & Reconciliation.....	30
2.	EIUC Venice School of Human Rights.....	30
3.	5 Scholarships, Ph.D. Programme in International Studies.....	30
4.	Master in Human Rights and Conflict Management.....	30
5.	Human Rights in Conflict.....	32

I. Veranstaltungen

1. Gezielte Tötungen mit Drohnen? – Eine völkerrechtliche Bewertung

Frankfurt a.d. Oder, 27.05.2015

Dr. Robert Frau, Europa-Universität Viadrina Frankfurt a.d. Oder, AM 3, 27. Mai 2015, 18h00 (um freiwillige Spenden wird gebeten)

Veranstalter: Viadrina Model United Nations

Angesichts der Pläne des deutschen Bundesministeriums der Verteidigung, Kampfdrohnen auch für die deutsche Bundeswehr zu beschaffen, verdient ein besonderer Aspekt des „Drohnenkrieges“ besondere Aufmerksamkeit: Die „targeted killings“, die „gezielten Tötungen“. Dabei werden aufgrund von Handlungsprofilen oder Geheimdienstinformationen „Ziele“, d.h. Personen auf einer Tötungsliste, identifiziert und schließlich durch eine Drohne ausgeschaltet.

Dies wirft vielfältige Völkerrechtsfragen auf: Sind die „Tötungslisten“, die Basis der „targeted killings“, legal? Welchen Regeln unterliegt die Drohne? Welchen Rechtsstatus hat der Operateur, der „Pilot“ des Flugobjekts? Und was ist mit den Menschenrechten, insbesondere dem Recht auf Leben?

Zur Beantwortung hat ViaMUN Dr. Robert Frau eingeladen, der an der Europa-Universität Viadrina zum Völkerrecht forscht. Er hat die mit Drohnen zusammenhängenden Rechtsfragen in vielfältigen Fachartikeln diskutiert und dabei das humanitäre Völkerrecht ebenso betrachtet, wie Menschenrechte oder Völkerstrafrecht.

Wie immer wird der Eintritt frei sein, es wird allerdings um eine kleine, freiwillige Spende gebeten. Vortragssprache ist Deutsch.

2. 90th Anniversary of the Institute of Air and Space Law – Symposium Air Law – Space Law – Cyber Law: Looking at 100 Years of Air Law and 60 Years of Space Law Köln, 28.05.2015

Universität zu Köln, 28. Mai 2015

Nähere Informationen unter http://www.jura.uni-koeln.de/index.php?id=4022#news_uid_2621

3. Die völkerrechtliche Verfolgung der Zerstörung von Kulturgütern: Eine Fallstudie zu Kambodscha Köln, 02.06.2015

Dr. Caroline Ehlert, Universität zu Köln, 2. Juni 2015, 18 Uhr

Nähere Informationen unter http://www.jura.uni-koeln.de/events.html?&no_cache=1

4. 70 Jahre Hiroshima und Nagasaki: Zeit für ein Atomwaffenverbot? Berlin, 03.06.2015

Heinrich-Böll-Stiftung, 3. Juni 2015, 20:00h

ICAN Deutschland und die Heinrich Böll Stiftung laden herzlich ein zu einer öffentlichen Fachveranstaltung zum 70. Jahr nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki

Mittwoch, den 3. Juni 2015, 20:00 Uhr

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117

70 Jahre Hiroshima und Nagasaki: Zeit für ein Atomwaffenverbot?

2015 jähren sich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zum 70. Mal. Diese Ereignisse haben sich tief in das Bewusstsein der Menschheit eingepreßt und sind zugleich Mahnung, die Welt von der Geißel eines Atomkrieges zu befreien. In diesem Jahr fand in New York auch die neunte Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages statt, der seit 1968 einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Weil es aber bisher nicht gelungen ist, die nukleare Abrüstung voranzutreiben und eine atomwaffenfreie Welt noch immer in weiter Ferne liegt, fordern zahlreiche Staaten ein Verbot von Atomwaffen.

Diese Veranstaltung will mit einem Zeitzeugenbericht eines Hibakusha, eines Überlebenden der Atombombenabwürfe vom August 1945, die humanitären Folgen von Atomwaffen in den Mittelpunkt stellen und in die politische Diskussion einbinden. Soh Horie hat im Alter von vier Jahren die Bombardierung Hiroshimas überlebt und sich bereit erklärt, seine Erinnerungen an die Katastrophe und deren Auswirkungen auf sein Leben und seine Heimatstadt mit uns zu teilen. Seit 2004 engagiert er sich im World Friendship Center für den internationalen Austausch durch Hibakusha Zeitzeugenberichte. In der anschließenden Paneldiskussion fragen wir, welche Rolle das Humanitäre Argument am Ende in New York gespielt hat und wie es mit der Forderung nach einem Atomwaffenverbot weiter gehen kann.

Programm

20:00 Uhr: Zeitzeugenbericht von Soh Horie, im Anschluss Fragen aus dem Publikum

20:40 Uhr: Paneldiskussion

Susanne Baumann, Stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Agnieszka Brugger, Sicherheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Hinrichs, Vorstandsmitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) in Deutschland

Es moderiert Ulrich Kühn, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH)

Im Anschluss Empfang mit kleinem Imbiss

www.icanw.de

www.boell.de

5. Verantwortung einfordern! - Soziale und ökologische Dimensionen der Menschenrechte im UN-Gipfeljahr 2015 Berlin, 12.06.2015

Konferenz, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 12. Juni 2015, 15h30 (anmeldepflichtig)

Konferenz mit:

- Maina Kiai, Sonderberichterstatter für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit der Vereinten Nationen, Nairobi/Genf
- Peter Eigen, Gesamtleitung Governance Projekte, HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform, Berlin
- Sigrun Skogly, Professorin, Lancaster University
- Claudia Roth MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Berlin
- Cândido Grzybowski (angefragt), Direktor, Brazilian Institute of Social and Economic Analyses (IBASE), Rio de Janeiro
- Barbara Unmüßig, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

- Michael Windfuhr, Stellvertretender Direktor, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin

Eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte.

Mehr Informationen hier:

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/article/konferenz-verantwortung-einfordern-soziale-und-oekologische-dimensionen-der-menschenrechte-im-un/>

6. Der Schutz von Flüchtlingen durch die Vereinten Nationen

Dresden, 09.06.2015

Hans ten Feld, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, TU Dresden, 9. Juni 2015, 18:30 Uhr (um Anmeldung wird gebeten)

Die Kriege in Syrien und dem Irak sowie andere bewaffnete Konflikte, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen zwingen täglich Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung sind auch mehr als die Hälfte der 40.000 Menschen, die auf dem Weg nach Europa das Mittelmeer dieses Jahr überquerten. Mehr als 51 Millionen Menschen waren 2013 weltweit Opfer gezwungener Vertreibung. Fast 17 Millionen sind als Flüchtlinge registriert.

Auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 setzt sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit für diese Menschen ein. UNHCR hat die Aufgabe, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden, darunter die freiwillige Rückkehr, die Integration im Aufnahmeland oder die Neuansiedlung in einem Drittland. In zahlreichen Ländern betreibt UNHCR humanitäre Hilfsprogramme für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer.

Über die globale Flüchtlingssituation und den Flüchtlingsschutz durch die Vereinten Nationen spricht der hochrangige UN-Diplomat Hans ten Feld, Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Deutschland. Er blickt auf eine über 30-jährige Berufskarriere beim UNHCR mit Stationen in Sambia, Kambodscha, Indien, Myanmar, Neuseeland, Genf und Schweden zurück.

Alle Interessierten sind herzlich zum Vortrag und dem anschließenden Getränkeempfang eingeladen. Um Anmeldung unter veranstaltungen@dgvn-sachsen.de wird gebeten.

7. Jurisdiction & Dispute Resolution in the Internet Era:
Governance and Good Practices, International Conference
Genf, 17./18.06.2015

Université de Genève, Faculté de Droit in cooperation with Geneva Internet Platform,
Geneva Institute for International Dispute Settlement (CIDS), 17 June – 18 June 2015
(anmeldepflichtig)

Nähere Informationen hier: <http://www.unige.ch/droit/internet-disputes.html>

8. The Procedure of the ICC: A Compromise of Adversarial and
Inquisitorial Elements
Berlin, 22.06.2015

ICC Judge Prof. Dr. Bertram Schmitt, Humboldt University of Berlin, Senatssaal,
22 June 2015, 10h00

Veranstalter: LS Prof. Dr. Werle

Veranstaltung im Rahmen der 7. Summer School des South African-German Centre for Transnational Criminal Justice

9. The ICC Preliminary Examination in Palestine
Berlin, 23.06.2015

Dr. Chantal Meloni (Mailand), Humboldt University of Berlin, Raum 213, 23 June 2015,
16h00

Veranstalter: LS Prof. Dr. Werle

Veranstaltung im Rahmen der 7. Summer School des South African-German Centre for Transnational Criminal Justice

10. Die Reform der Vereinten Nationen – A never ending story

Freiburg, 24.06.2015

Prof. Dr. Johannes Varwick, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Universität Freiburg, 24. Juni 2015, 20h15

Die Vortragsreihe möchte anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen eine Bestandsaufnahme wichtiger UN-Aufgaben leisten. Im Sommersemester werden die Reform der Vereinten Nationen, moderne Friedenseinsätze sowie nachhaltige Entwicklungspolitik thematisiert. Ferner wird in einem Vortrag die deutsche Rolle in den Vereinten Nationen diskutiert.

Veranstalter: Universität Freiburg, Landeszentrale für politische Bildung Freiburg, Carl-Schurz-Haus/Deutsch-Amerikanisches Institut e.V., DGVN

Veranstaltungsadresse: Universität Freiburg, Kollegiengebäude I, Platz der Universität 3, Hörsaal 1010

Mehr Informationen hier:

http://www.dgvn.de/veranstaltungen/einzelansicht/?tx_mjseventpro_pi1%5bshowUid%5d=591&cHash=4c2a7f69310089a3942c578edfbae494

11. The Crimean Crisis in the Light of International Law

Berlin, 25.06.2015

Prof. Sergey Sayapin (KIMEP University, Kasachstan), Humboldt University of Berlin, 25 June 2015, 10h00

Veranstalter: LS Prof. Dr. Werle

Veranstaltung im Rahmen der 7. Summer School des South African-German Centre for Transnational Criminal Justice

The African Criminal Court - Promoting or Undermining the Prosecution of International Crimes in Africa? International Symposium in the course of the 7th Summer School of the South African-German Centre for Transnational Criminal Justice, Humboldt University Berlin, 29-30 June 2015 (registration recommended)

The symposium is open to the public but advance registration is recommended. Please register via e-mail to: transcrim@rewi.hu-berlin.de.

Find the provisional program here:

<http://werle.rewi.hu-berlin.de/admin/uploads/AfricanCourtSymposiumSchedule.pdf>

12. Scheitert der Beitritt der EU zur EMRK? Zum Verhältnis von EuGH und EGMR

Hagen, 06.07.2015

Prof. Dr. Eckart Klein (Potsdam), Fernuniversität Hagen, 6. Juli 2015, 17h00

Ort: Seminargebäude der FernUniversität, Universitätsstr. 33, 58097 Hagen, Räume 4 und 5

Veranstalter: Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften und Rechtswissenschaftliche Fakultät der FernUniversität in Hagen

Der seit langem angestrebte und weitgehend für gesichert gehaltene Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist durch das Gutachten des Luxemburger Gerichtshofs (EuGH) einstweilen, möglicherweise aber auch für eine nicht überschaubare Zeit gestoppt worden. Dies wirft neben der notwendigen Analyse der Begründung der Aussagen des Gutachtens grundsätzliche Fragen auf. Ist ein Beitritt der EU zur EMRK überhaupt sinnvoll? Kann das Verhältnis zwischen dem EuGH und dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg (EGMR) nur in den Kategorien des Rechts gesehen werden, oder offenbart das Gutachten, dass es - zumindest auch - schlicht um Machtfragen geht, wie sie bekanntlich im Verhältnis nationaler (Verfassungs-)Gerichte zu den beiden genannten internationalen Gerichten ebenfalls zum Ausdruck kommen? Und schließlich: Das Gutachten könnte die Stellung der EU-Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ in Frage stellen und damit als weiterer bedeutsamer Schritt hin zur Errichtung einer konstitutionellen Ordnung und zur Ablösung von den völkerrechtlichen Grundlagen der Union anzusehen sein.

13. Eröffnung der Wengler-Bibliothek für Internationales Recht an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin Berlin, 24.09.2015

Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 9, Raum E 25,
24. September 2015

14.30 Uhr Begrüßung

- Prof. Dr. Georg Nolte
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht
- Prof. Dr. Christian Waldhoff, Dekan der Juristischen Fakultät
- Prof. Dr. Andreas Degkwitz, Direktor der Universitätsbibliothek
- Dr. Stefan Heuel, Stifterverband der Deutschen Wissenschaft

15.00 Uhr Wenglers Prinzipien des Internationalen Privatrechts in heutiger Sicht
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erik Jayme LL.M. (Berkeley), Universität Heidelberg

15.30 Uhr Wengler als Völkerrechtler
Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Georg Ress, Jacobs University Bremen

16.00 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr Wilhelm Wengler - Biographisch-zeitgeschichtliche Aspekte
Prof. Dr. Christian Kohler, Europa-Institut der Universität des Saarlandes

17.00 Uhr Wilhelm Wengler und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches
öffentliches Recht und Völkerrecht während des Nationalsozialismus
Felix Lange, Doktorand, Humboldt Universität zu Berlin

17.30 Uhr Austausch

18.00 Uhr Empfang

II. CfP

1. ESIL Interest Group on International Economic Law

Workshop in the course of 11th Annual Conference of the European Society of International Law , 9 September 2015, Oslo (Deadline: 31 May 2015)

Three panels will be organized, which will deal with:

- 1.The European Union and WTO dispute settlement
- 2.The European Union and international investment law
- 3.The European Union and preferential trade agreements

For each of the three panels of the workshop the ESIL IELIG invites papers, which should be unpublished, in an advanced stage of completion, and ready to be possibly later included in the ESIL SSRN Conference Paper Series / ESIL Conference Proceedings. The working languages of the ESIL IELIG are English and French, and thus the proposals may be submitted in English or French.

Senior and junior scholars (including PhD students) are invited to participate to the ESIL IELIG calls for papers. Papers will be selected on the basis of the submitted abstracts. Only one abstract per author in each call for papers will be considered.

Abstracts must not exceed 800 words, and have to be submitted to the following mail addresses: elisa.baroncini@unibo.it; pstoll@gwdg.de.

In addition to the abstract, each submission should contain a separate file containing information on:

- The topic of the call for papers for which the abstract is submitted
- The author's name and affiliation
- A short (one page) author's CV, including a list of relevant publications
- The author's contact details, including email address and phone number
- Whether the author is an ESIL member and, if so, the date of affiliation

TIMELINE

- The deadline for the submission of abstracts is 31 May 2015
- Successful applicants will be informed by 10 June 2015

See the full call here

<http://esil-sedi.eu/sites/default/files/2015%2520oslo%2520IEL%2520IG%2520call%2520for%2520paper.pdf>

2. Dialogue between Judges. The Court of Justice of the European Union and Other International Courts

Jean Monnet Doctoral Workshop, 24-25 September 2015, University of Geneva, Switzerland (Deadline: 5 June 2015)

The Centre d'études juridiques européennes of the University of Geneva, Jean Monnet Centre of excellence, organises a doctoral workshop, under the direction of professor Christine Kadous, on the topic Dialogue between Judges. The Court of Justice of the European Union and Other International Courts.

The Centre d'études juridiques européennes of the University of Geneva is pleased to welcome PhD students and young researchers to the workshop to which professors and practitioners active in the relevant fields will participate.

Paper proposals of 3000 characters (approximately one page) are to be submitted in English or French.

The paper proposals along with a CV and a motivation letter should be submitted to Sandy Kirsch (person of contact) no later than 5 June 2015. Her email address is Sandy.Kirsch@unige.ch.

More information here: [http://www.esil-sedi.eu/sites/default/files/Doctoral workshop - Dialogue Between Judges- Geneva - Call for Papers-CK-29 4 2015.pdf](http://www.esil-sedi.eu/sites/default/files/Doctoral%20workshop%20-%20Dialogue%20Between%20Judges%20-%20Geneva%20-%20Call%20for%20Papers%20-%20CK-29%204%202015.pdf)

3. Die Grenzen der Demokratie

Tagung der DVPW-Themengruppe Politik und Recht, 9.-11. März 2016, Aachen (Deadline: 30. Juni 2015)

Demokratie und demokratische Herrschaft sind nicht nur territorialen Grenzen moderner Nationalstaatlichkeit unterworfen. Ihre politische Kultur, ihre Verfassung, internationale Verträge und andere historische wie soziale Entwicklungen setzen demokratischer Gestaltungsmacht Grenzen.

Diese Grenzen der Demokratie werden gegenwärtig in vielerlei Hinsicht entlang der politischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart sichtbar: Durch die Globalisierung sind Krisen meist nicht mehr auf nationaler Ebene lösbar und staatliche Handlungsräume sind durch Kooperations- und Koordinationserfordernisse begrenzt. Bedrohungen wie der internationale Terrorismus führen in Form der Erosion zentraler Grund- und Freiheitsrechte zu demokratischen Grenzverschiebungen. Damit besteht dringender Anlass zu einer neuen Diskussion über die Grenzen der Demokratie.

Eine solche Diskussion muss den sensibelsten Bereich dieser Grenzverschiebungen fokussieren, nämlich die konkreten Veränderungen des Verlaufs der Grenzlinien, die sich Demokratien durch ihre politische Kultur, durch geltende Normen und Recht selbst gesetzt haben. Beobachtbar

sind solche Veränderungen und ihre Ermöglichungen anhand des Verhaltens von Demokratien in Krisenszenarien. Führen Szenarien, wie terroristische Anschläge oder anderweitige Ausnahmezustände Demokratien an oder auch über ihre Grenzen? Erfordert die Bewältigung solcher Krisen undemokratisches Staatshandeln? Und wie können diese Entwicklungen und Herausforderungen theoretisch begleitet und gefasst werden, insbesondere, wenn es gilt, der Tendenz zur Exekutivexpansion eine angemessene und demokratische Positionierung liberaler Demokratien im 21. Jahrhundert aufzuzeigen?

Die Tagung verfolgt das Ziel, die akademische Debatte über die Grenzen der Demokratie im Spannungsfeld von Politik und Recht zusammenzuführen, aufzuarbeiten und diese im 21. Jahrhundert neu zu verorten. Dieser Reflexionsprozess zerfällt in folgende zwei Teilfragestellungen:

1. In Bezug auf die Prävention terroristischer Anschläge haben sich verschiedene etablierte Demokratien über Grenzen des Rechts und international anerkannte Normen hinweggesetzt oder diese verschoben. Damit stellen sie ihre eigenen Grundnormen in Frage: die Achtung der Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und die Abkehr von der Willkürherrschaft. Wie sind diese Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur liberaler Demokratien zu bewerten? Wie sind sie möglich geworden? Welche Normen, Konzepte und Praktiken markieren die Grenze der Demokratie und wann wird sie zur Nichtdemokratie? In welchem Verhältnis stehen in diesem Spannungsfeld Recht und Politik zueinander, Recht hier verstanden als Gestaltungsmittel und Begrenzung politischen Entscheidens?

2. Im Anschluss an diesen Fragekomplex ist die Debatte um eine Verstetigung von Ausnahmeregelungen zu führen, jene postdemokratische Entwicklung einer neuen „Technik des Regierens“, wie sie etwa Günther Frankenberg und Giorgio Agamben in den Diskurs eingebracht haben. Ist die Ausnahme zum Normalzustand geworden und was bedeutet dies für die demokratische Legitimation staatlichen Handelns? Können politische Akteure Krisen, die einen Notstand oder Ausnahmezustand darstellen, überhaupt im Rahmen des Rechts Herr werden, oder bedarf es eines Raumes jenseits des Rechts um Krisen zu bewältigen?

Die bevorzugte Konferenzsprache ist Englisch, aber auch deutschsprachige Beiträge werden berücksichtigt. Ausgewählte Beiträge werden nach der Tagung und nach erneuter, externer Begutachtung in der Reihe „Kritische Studien der Demokratie“ beim VS Verlag veröffentlicht. Abstracts von bis zu 300 Wörtern Länge zu den skizzierten Problemstellungen und benachbarten Fragestellungen senden Sie bitte bis zum 30. Juni 2015 an die Organisatoren Annette Förster (annette.foerster@ipw.rwth-aachen.de) und Matthias Lemke (lemkem@hsu-hh.de).

-Theme Group Politics and Law, Conference of the DVPW, 9-11 March 2016 (Deadline: 30 June 2015)

The Limits of Democracy

Democracy and democratic rule not only are bounded by national borders of modern nationhood. The political culture, the constitution, international contracts and conventions as well as historic and social developments limit the options and scope of democratic political action.

These limits of democracy become visible when it comes to current political, social and economic challenges: In a globalized world, crises often cannot be solved nationally and the politi-

cal scope of action is limited by necessities of cooperation and coordination. Threats such as international terrorism lead to an erosion of fundamental rights and freedoms and thus a shift of boundaries of democratic rule.

A discussion on those matters should focus on the most sensible aspect of the shift of limits: the specific shifts in the boundary line that democracies set themselves in the form of their political culture, through established norms and through law in force. Those shifts and their enablement become visible when analyzing the performance of democracies in times of crisis. Do scenarios such as terrorist attacks or other states of emergency stretch democracies to their limits? Does meeting such crises necessitate undemocratic state action? And how can such developments and challenges be understood from a theoretical perspective? In particular in the face of the tendency towards the expansion of executive powers, an alternative, decent and democratic position of liberal democracy in the 21st century has to be drawn out.

The conference aims to bring forth the academic debate on the limits of democracy in the field between politics and law, to review and advance the debate and to locate it in the 21st century. This reflection is divided into the following two sub-questions:

1. Focusing on the prevention of terrorist attacks, different established democracies transcended the limits of law and internationally established norms or shifted those boundaries. Thereby, they called their own fundamental values into question: the respect for human rights, the rule of law and the rejection of arbitrary rule. How are those developments and their effects on the political culture of liberal democracies assessed? How can they be explained? What norms, concepts and practices mark the limits of democracy and at what point do societies become nondemocratic? How do politics and law relate to one another on the matter, law understood as means to govern political communities but also to limit political decisions and actions
2. Connected to this subject, the debate on the stabilization and normalization of the state of exception needs to be continued, on the post-democratic development of a new "Technique of Governing", as, amongst others, Günther Frankenberg and Giorgio Agamben have introduced into the discourse. Has the state of exception become normality? And how does this relate to the legitimation of democratic state action? In times of crisis, can political actors even get the situation under control by staying within the limits of the law or do they need space beyond the law to cope with the crisis?

English is the preferred conference language; German contributions are equally welcome. Selected papers will be published in the series „Kritische Studien der Demokratie“ (“Critical Studies of Democracy”) at VS Verlag, following external review. Please send abstracts of up to 300 words on the formulated and related questions by the deadline of 30 June 2015 to the organizers Annette Förster (annette.foerster@ipw.rwth-aachen.de) and Matthias Lemke (lemkem@hsu-hh.de).

4. Implementation and Judicial Politics in the EU

The German Research Institute for Public Administration (FÖV), in cooperation with the Berlin Social Science Centre (WZB), 3-4 March 2016 (Deadline for submission: 30 June 2015)

The German Research Institute for Public Administration (FÖV), in cooperation with the Berlin Social Science Centre (WZB), calls for the submission of abstracts with a view to organizing a workshop on the interplay between policy implementation studies and judicial politics in the European Union.

Policy implementation, i.e. the stage in which administrative actors carry out and apply public policies defined by policy-makers, is a complex and inter-active process. This is particularly true for multi-level systems such as the European Union where the member states are in charge of implementing policies made at the European level. Here, implementation involves many distinct actors located at different levels and in different arenas of the multi level system. As a result, a wide array of interests, political preferences, values, cultures and understandings interact and sometimes clash in the implementation process. At the same time, the multi-level system offers a unique opportunity structure to channel these conflicts over implementation into litigation and thereby endows courts with substantial power about policies.

Against this background, the workshop aims at exploring the relationship between policy implementation and judicial politics in the European Union.

A first set of questions regards the different types of actors and actor constellations involved in implementation and application conflicts before the courts. The member states and the Commission are obvious relevant actors of litigation in this stage of the EU policy-cycle. The question is, however, what is the (direct or indirect) role of private actors, sub-national public authorities or other EU institutions, such as EU agencies or the European Central Bank? Do different actors collaborate when pushing conflict on implementation up to the EU level or down to the national level – or do we observe constellations of labour division?

A second set of questions revolves around the channels offered by the national and European judicial systems for solving conflicts related to policy implementation and application. Most actions before the Court of Justice of the European Union take the form of infringement proceedings, annulment proceedings and preliminary references. Which functions do these different channels serve for the respective actors launching the case? Do they work as a substitute to each other? Do legal culture, litigation strategy and national judges influence the preliminary ruling channel more than others or can we identify similar conditions of open legal conflict across other legal pathways?

A third promising topic is how the resolution of implementation and application conflicts through these different channels feeds back into policy-making. On the one hand, scholars of judicial politics have mostly explored preliminary references and their function in policy and treaty change. On the other hand, the literature on implementation has mainly focussed on infringement proceedings and their role in establishing compliance as well as policy development. How can we link the findings in one and the other research field? Are there other ways

through which litigation in the field of policy implementation and application feeds back into the policy process? What about the role of annulment proceedings in policy-making?

With this focus, the workshop generally aims at bringing together scholars interested in litigation as well as implementation and application in the EU to explore how both perspectives can be combined fruitfully. Empirical, theoretical, comparative and country/sector specific papers are all welcome. We plan to include selected contributions for a collective publication, preferably a special issue.

Please send your paper proposal (max 300 words) and your contact information to Emmanuelle Mathieu (mathieu@foev-speyer.de <<mailto:mathieu@foev-speyer.de>>) by 30/06/15. The proposals will be selected on the basis of quality and potential for contribution to a collective publication. Successful participants will be notified shortly after.

The workshop is organized by the German Research Institute for Public Administration Speyer in cooperation with the Berlin Social Science Center (WZB). We will cover accommodation, food and conference expenses. The workshop will take place at the Berlin Social Science Centre on March 3-4, 2016.

For further information, you may contact the workshop organizers directly: Michael Bauer (German Research Institute for Public Administration and German University of Administrative Sciences Speyer - Michael.bauer@uni-speyer.de <<mailto:Michael.bauer@uni-speyer.de>>), Miriam Hartlapp (Universität Leipzig - miriam.hartlapp@uni-leipzig.de <<mailto:miriam.hartlapp@uni-leipzig.de>>), Mattias Kumm (Berlin Social Science Centre - mattias.kumm@wzb.eu <<mailto:mattias.kumm%40wzb.eu>>), Emmanuelle Mathieu (German Research Institute for Public Administration Speyer - mathieu@foev-speyer.de <<mailto:mathieu@foev-speyer.de>>), Christian Adam (Ludwig Maximilians Universität München - Christian.Adam@gsi.uni-muenchen.de <<mailto:Christian.Adam@gsi.uni-muenchen.de>>).

5. The Future of Transatlantic Economic Governance in the Age of the BRICS

The International Economic Law Interest Groups of the American and European Societies of International Law together with the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, Heidelberg, 11-12 December 2015 (deadline for submissions: 30 June 2015)

Workshop theme: As the Transatlantic Trade and Investment Partnership negotiations have revealed, in some ways the developed economies of North America and Europe have never been more interested in creating a cooperative system of economic governance. In other ways, however, the relationship between these countries has never faced more challenges, as new economies disinclined to accept the trade rules and regulatory cooperation efforts of the developed world have ascended to new economic rights and have asserted new legal authority. Moreover, some of the traditional strengths of incumbency, such as a powerful currency and traditionally strong representation in international organizations, have come to look more like

liabilities. This emerging economic order has presented challenges for Transatlantic cooperation efforts in trade law, investment law, financial regulation, monetary policy, and law and development – to say nothing of the longstanding conundrums raised by differences in competition law, complexities inherent in the supervision of multinational corporations and financial institutions, and problems posed by the need for sustained regulatory cooperation.

The International Economic Law Interest Groups of the American Society of International Law and the European Society of International Law, in cooperation with the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, will hold a joint workshop in which progress in research on these issues may be made. The working language of the workshop will be English.

Call for papers: We encourage IEL scholars, practitioners, and advanced doctoral students to submit proposals for paper presentations on any topic related to the workshop's theme, broadly conceived.

Proposals should be no more than one single-spaced page in length and should include the paper's working title and an abstract describing its main thesis, methods, and contribution. Authors should also submit a separate, one-page bio or short curriculum vitae (CV) (max two pages) along with the abstract. Proposals should be emailed to: ASIL.ESIL.IntEcLIG.Workshop@gmail.com and must be received no later than June 30, 2015.

Selection process: Submissions will be reviewed by a joint selection committee convened by the organizers. Selection decisions will take into account the proposals' originality, diversity, and relevance to the workshop's theme and will aim to achieve a well-rounded representation of European, North American, and non-transatlantic perspectives. We plan to inform the selected participants by August 15, 2015, with papers due for circulation to all workshop participants no later than November 15, 2015.

Workshop Format: In order to ensure a high level of discussion, the workshop will take place over 1.5 days in a roundtable format. Presenters will be thematically grouped into four to five panels of three papers each, with a senior commentator moderating the discussion for each panel. Due to space limitations, early submission of proposals is highly encouraged.

Publication Possibility: Depending upon the topics of the final submissions, a number of workshop participants may be invited to submit their papers for publication within a special issue of the Journal of World Investment and Trade. Any such invitations will be extended in accordance with that Journal's usual peer review and editorial policy.

Workshop Costs: We are in the process of applying for funding to help offset the costs of the workshop. Subject to final availability of funds, we hope to be able to cover reasonable economy class travel and accommodation costs to assist most participants with the journey to Heidelberg, which is particularly lovely during the holiday season. Final confirmation of funding availability will be communicated along with selection decisions.

Any further questions may be directed to the organizers at: ASIL.ESIL.IntEcLIG.Workshop@gmail.com.

We look forward to receiving your proposals!

On behalf of the ASIL IECLIG: On behalf of the ESIL IECLIG:

Julie Maupin (Max Planck Institute, HD) Elisa Baroncini (University of Bologna)

Sonia Rolland (Northeastern University) Marion Pannizon (World Trade Institute)

Jarrold Wong (Pacific McGeorge) Peter-Tobias Stoll (Georg August Universität, Göttingen)

David Zaring (Wharton)

On behalf of the Max Planck Institute:

Anne Peters (Co-Director)

III. Stellenausschreibungen

1. ½ Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin/wissenschaftlicher Mitarbeiter, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Medienrecht (Prof. Dr. Dieter Dörr) zum 1. Juli 2015 (Deadline: 31. Mai 2015)

Nähere Informationen unter http://www.jura.uni-mainz.de/doerr/Dateien/Stellenausschreibung_LS_Doerr_07-2015.pdf

2. Legal Officer (P-3) Head of OLAD, United Nations Mechanism for International Criminal Tribunals, The Hague

Registry, Office of Legal Aid and Defence Matters Recruit from Roster, Job ID: 15-LEG-RMT-42997-F-THE HAGUE (Deadline: 31 May 2015)

Organizational setting and Reporting:

This legal position is Head of the Office of Legal Aid and Defence Matters (OLAD), Court Support Services Section (CSSS), in the Registry of the United Nations Mechanism for International Criminal Tribunals (UNMICT) (The Hague). The incumbent reports to the Chief or Deputy Chief of CSSS. It is anticipated that the person recruited will start in June 2015.

Responsibilities:

Advise and assist the Deputy Chief of CSSS, Chief of CSSS and Deputy Registrar on legal and operational matters relating to the management of the legal aid system of the ICTY and advise and assist the MICT Registrar and Registry Chief of Staff concerning the legal aid system of the MICT.

Draft amendments to the ICTY and MICT legal instruments, Rules, Directives and Codes of Conduct and policies arising there from.

Overall responsibility for the activities and functioning of OLAD and its internal relations with other units of CSSS, Chambers, the Office of the Prosecutor and the Office of the President, and external relations with the associations of counsel of the MICT and the ICTY.

Draft and provide guidance to junior lawyers in drafting legal submissions to the Chambers and the President, administrative decisions concerning accused's eligibility for legal aid, assignment of counsel and support staff, and on financial investigations.

Assist with drafting and monitoring of OLAD budget and reports to auditors and GA budgetary division.

Apply Registry's payment policies and advise on amendments.

Organise and attend meetings with defence counsel and detainees on behalf of the Registrar concerning implementation of the legal aid system, assignment of counsel, remuneration and other defence matters.

Assist with the organisation of training for defence counsel and ensuring proper appointments to and composition of the Association of Defence Counsel and Advisory Panel; provide advice to the Chief of Unit, Deputy Registrar and Registrar in relation to disciplinary proceedings initiated pursuant to the Codes of Conduct before the Disciplinary Panel and appeals of Disciplinary Panel decisions to the Disciplinary Board.

Qualifications:

Education:

Advanced university degree in law. A first level university degree in combination with qualifying experience may be accepted in lieu of an advanced university degree.

Work Experience:

Minimum of 5 years of progressively responsible legal experience in international law, criminal law, litigation, administrative law or other relevant area of law.

Experience in staff and performance management desirable

Proven organisational skills and experience desirable.

Experience in working in an international setting desirable.

Experience in the administration and compensation of legal aid highly desirable.

Languages:

English and French are the working languages of the Mechanism for International Criminal Tribunals. For the post advertised, fluency in oral and written English is required. A good professional knowledge of French or B/C/S is highly desirable.

Further Information available here:
http://www.unmict.org/sites/default/files/vacancy/150501_lo_p3.pdf

3. 1 Stelle als Universitätsprofessor/Universitätsprofessorin, Paris Lodron-Universität Salzburg,

Lehrstuhl für Europarecht unter besonderer Berücksichtigung des Privaten Europäischen Wirtschaftsrechts, Fachbereich für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, zum 1. Oktober 2015 (Deadline: 15. Juni 2015)

Nähere Informationen unter http://www.uni-salzburg.at/fileadmin/multimedia/Serviceeinrichtung%20Personal/documents/Universit%C3%A4tsprofessur_f%C3%BCr_Europarecht.pdf

4. 1 PhD position (100%) University of Berne

World Trade Institute, from September/October 2015, 2 years, Job ID: 8898 (Deadline: 1 June 2015)

Context of the PhD position: This PhD is part of the interdisciplinary r4d project “Towards Food Sustainability” that addresses the sustainability of food systems in Kenya and Bolivia. The project involves the Centre for Development and Environment (CDE), the WTI, the Geneva Academy, and further research institutes in Switzerland, Kenya, and Bolivia. It focuses on the following basic aspects of food sustainability: food security and the right to food, poverty and inequality, environmental integrity, and social-ecological resilience. The project aims to analyse different food systems with regard to these aspects and to develop a framework for assessing “food sustainability” in concrete contexts. The project goal also includes formulation of policy options and their discussion in both local and global policy dialogues.

PhD research: This PhD position is part of the project’s Work Package 1 on “Legal and Policy Contexts”. The PhD study is intended to assess the economic legal regimes that govern the food systems being investigated at the international, regional, and domestic levels of governance. The aim is to analyse them from a sustainability and policy coherence perspective, including international human rights and environmental standards. Research questions will be further refined by the selected PhD candidate together with the supervisor; they will have to be covered by the research outline

Anforderungen:

Master in Law or in International Relations, preferably with a specialization in international economic and human rights law. Spoken and written English and Spanish. Preparedness to work in an inter- and transdisciplinary research setting. Deep interest in global and local food policy debates.

Wir bieten:

According to the rates defined by the Swiss National Science Foundation (first year: CHF 47,040 gross; second year: CHF 48,540 gross). Travel expenses will be covered. The PhD candidate will

be based at the WTI in Bern, Switzerland, and PhD modalities will follow the rules of the Faculty of Law of the University of Bern.

Kontaktadresse: World Trade Institute

Hallerstr. 6

3012 Bern

Kontaktperson: Elisabeth Bürgi

Telefon: +41 31 631 39 40

eMail: elisabeth.buergi@wti.org

Homepage: <http://www.wti.org/>

5. 1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (75%), Humboldt-Universität zu Berlin

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Prof. Dr. Georg Nolte
(Deadline: 5. Juni 2015)

Die DFG Kolleg-Forschergruppe (KFG) „The International Rule of Law - Rise or Decline?“, an der Wissenschaftler/innen der Freien Universität Berlin, der Hertie School of Governance, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Potsdam und des Wissenschaftszentrums Berlin beteiligt sind, hat ihren Sitz an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die KFG fragt nach der Rolle des Völkerrechts im globalen Wandel. Sie untersucht, ob sich weiterhin eine wertorientierte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrnehmen lässt oder ob diese Entwicklung durch Reformalisierungs- oder gar Entrechtlichungsprozesse abgelöst wird und sich sogar ein Rückgriff auf klassische Elemente des Völkerrechts anbietet, um auf einen sich abzeichnenden Strukturwandel hin zu einer polyzentrischen Weltordnung zu reagieren.

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in mit 3/4-Teilzeitbeschäftigung - E 13 TV-L HU (Drittmittelfinanzierung befristet für 3 Jahre, Verlängerung um 1 Jahr ggf. möglich) Kennziffer DR/069/15

Aufgabengebiet: Wiss. Dienstleistungen in der Forschung im Rahmen der KFG; Mitarbeit an Publikationen sowie in der Projektorganisation und bei Durchführung von Veranstaltungen; Aufgaben zur Vorbereitung einer Promotion

Anforderungen: 1. Juristische Staatsprüfung (mögl. mit Prädikat); Schwerpunktbereichsprüfung im Völkerrecht; sehr gute Englischkenntnisse und möglichst einer weiteren Sprache, fachspezifische Auslandsaufenthalte sowie Bereitschaft zu interdisziplinärer Forschung erwünscht

2 weitere Stellen mit dem gleichen Aufgabengebiet sind an der FU Berlin (<http://www.fu-berlin.de/service/stellen/index.html>) und der Universität Potsdam (<http://www.uni-potsdam.de/verwaltung/dezernat3/stellen/>) zu besetzen. Dienstort ist auch in diesen Fällen die Humboldt-Universität zu Berlin.

Nähere Informationen zum Projekt unter [www.http://nolte.jura.hu-berlin.de](http://www.nolte.jura.hu-berlin.de).

Bewerbungen (inkl. Ideenskizze zu einem Forschungsvorhaben) sind unter Angabe der Kennziffer in einer PDF-Datei an Prof. Nolte (intlaw@rewi.hu-berlin.de) zu richten.

Zur Sicherung der Gleichstellung sind Bewerbungen qualifizierter Frauen besonders willkommen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Zu der Ausschreibung geht es hier: <http://www.personalabteilung.hu-berlin.de/stellenausschreibungen/wissenschaftliche-r-mitarbeiter-in-mit-3-4-teilzeitbeschaeftigung-e-13-tv-l-hu-drittmittelfinanzierung-befristet-fuer-3-jahre-verlaengerung-um-1-jahr-ggf-moeglich>

6. 1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%), Humboldt-Universität zu Berlin

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Prof. Dr. Georg Nolte
(Deadline: 5. Juni 2015)

Die DFG Kolleg-Forschergruppe (KFG) „The International Rule of Law - Rise or Decline?“, an der Wissenschaftler/innen der Freien Universität Berlin, der Hertie School of Governance, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Potsdam und des Wissenschaftszentrums Berlin beteiligt sind, hat ihren Sitz an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die KFG fragt nach der Rolle des Völkerrechts im globalen Wandel. Sie untersucht, ob sich weiterhin eine wertorientierte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrnehmen lässt oder ob diese Entwicklung durch Reformalisierungs- oder gar Entrechtlichungsprozesse abgelöst wird und sich sogar ein Rückgriff auf klassische Elemente des Völkerrechts anbietet, um auf einen sich abzeichnenden Strukturwandel hin zu einer polyzentrischen Weltordnung zu reagieren.

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in - E 13 TV-L HU (Drittmittelfinanzierung befristet für 3 Jahre, Verlängerung um 1 Jahr ggf. möglich)

Kennziffer: DR/068/15

Aufgabengebiet: Wiss. Dienstleistungen in der Forschung im Rahmen der KFG; Mitarbeit in der Projektorganisation und Durchführung von Veranstaltungen; Aufgaben zur Vorbereitung einer Promotion bzw. zur Erbringung zusätzl. wiss. Leistungen (z. B. Habilitation)

Anforderungen: Abgeschlossenes wiss. Hochschulstudium und (abgeschlossene oder möglichst weit vorangeschrittene) Promotion in Völkerrecht oder mit internat. oder rechtsvergleichenden Bezügen (mit mögl. überdurchschnittl. Ergebnis); sehr gute Kenntnisse der englischen sowie einer weiteren Sprache, Bereitschaft zu interdisziplinärer Forschung

Nähere Informationen zum Projekt unter [www.http://nolte.jura.hu-berlin.de](http://nolte.jura.hu-berlin.de).

Bewerbungen (inkl. Ideenskizze zu einem Forschungsvorhaben) sind unter Angabe der jeweiligen Kennziffer in einer PDF-Datei an Prof. Nolte (intlaw@rewi.hu-berlin.de) zu richten.

Zur Sicherung der Gleichstellung sind Bewerbungen qualifizierter Frauen besonders willkommen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Zu Ausschreibungen geht es hier: <http://www.personalabteilung.hu-berlin.de/stellenausschreibungen/wissenschaftliche-r-mitarbeiter-in-e-13-tv-l-hu-drittmittelfinanzierung-befristet-fuer-3-jahre-verlaengerung-um-1-jahr-ggf-moeglich-1>

7. 1 Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%), Humboldt-Universität zu Berlin

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Prof. Dr. Georg Nolte
(Deadline: 5. Juni 2015)

Die DFG Kolleg-Forschergruppe (KFG) „The International Rule of Law - Rise or Decline?“, an der Wissenschaftler/innen der Freien Universität Berlin, der Hertie School of Governance, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Universität Potsdam und des Wissenschaftszentrums Berlin beteiligt sind, hat ihren Sitz an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die KFG fragt nach der Rolle des Völkerrechts im globalen Wandel. Sie untersucht, ob sich weiterhin eine wertorientierte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrnehmen lässt oder ob diese Entwicklung durch Reformalisierungs- oder gar Entrechtlichungsprozesse abgelöst wird und sich sogar ein Rückgriff auf klassische Elemente des Völkerrechts anbietet, um auf einen sich abzeichnenden Strukturwandel hin zu einer polyzentrischen Weltordnung zu reagieren.

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in - E 13 TV-L HU (Drittmittelfinanzierung befristet für 3 Jahre, Verlängerung um 1 Jahr ggf. möglich)

Kennziffer DR/067/15

Aufgabengebiet: Wiss. Dienstleistungen in der Forschung im Rahmen der KFG; inhaltliche Abstimmung/Koordination des wiss. Programms des Kollegs; Unterstützung der/des Sprecherin/Sprechers einschl. Kommunikation mit den beteiligten Institutionen; Unterstützung der Fellows; Aufgaben zur Vorbereitung einer Promotion bzw. zur Erbringung zusätzl. wiss. Leistungen (z. B. Habilitation)

Anforderungen: Abgeschlossenes wiss. Hochschulstudium und (abgeschlossene oder möglichst weit vorangeschrittene) Promotion in Völkerrecht oder mit internat. oder rechtsvergleichenden Bezügen (mit mögl. überdurchschnittl. Ergebnis); Beherrschung der deutschen Sprache, sehr gute Kenntnisse der englischen sowie einer weiteren Sprache, Bereitschaft zu interdisziplinärer Forschung; Verwaltungserfahrung erwünscht

Nähere Informationen zum Projekt unter [www.http://nolte.jura.hu-berlin.de](http://nolte.jura.hu-berlin.de).

Bewerbung an

Bewerbungen (inkl. Ideenskizze zu einem Forschungsvorhaben) sind unter Angabe der Kennziffer in einer PDF-Datei an Prof. Nolte (intlaw@rewi.hu-berlin.de) zu richten.

Zur Sicherung der Gleichstellung sind Bewerbungen qualifizierter Frauen besonders willkommen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Zur Ausschreibung geht es hier: <https://www.personalabteilung.hu-berlin.de/stellenausschreibungen/wissenschaftliche-r-mitarbeiter-in-e-13-tv-l-hu-drittmittelfinanzierung-befristet-fuer-3-jahre-verlaengerung-um-1-jahr-ggf-moeglich>

8. 1 Akademische/-r Mitarbeiter/-in (75%), Universität Potsdam

Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Europa- und Völkerrecht sowie Europäisches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsvölkerrecht, Prof. Zimmermann

(Deadline: 22. Juni 2015)

An der Universität Potsdam, Juristische Fakultät, Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Europa- und Völkerrecht sowie Europäisches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsvölkerrecht, Prof. Zimmermann, LL.M. (Harvard), ist im Rahmen der von der DFG finanzierten Kollegforschergruppe „International Rule of Law - Rise oder Decline?“ möglichst zum 01.10.2015 eine Stelle als

Akademische/-r Mitarbeiter/-in
Kenn-Nr. 129/2015

mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden befristet für 3 Jahre mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein weiteres Jahr zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach Entgeltgruppe 13 der Entgeltordnung zum TV-Länder. Die Befristung erfolgt nach dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG). Es besteht die Möglichkeit zur Promotion.

Aufgaben:

Wissenschaftliche Mitarbeit in der DFG Kolleg-Forschergruppe (KFG) „International Rule of Law - Rise or Decline?“. Die KFG fragt nach der Rolle des Völkerrechts im globalen Wandel. Sie untersucht, ob sich weiterhin eine wertorientierte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen wahrnehmen lässt oder ob diese Entwicklung durch Reformalisierungs- oder gar Entrechtlichungsprozesse abgelöst wird und sich sogar ein Rückgriff auf klassische Elemente des Völkerrechts anbietet, um auf einen sich abzeichnenden Strukturwandel hin zu einer polyzentrischen

Weltordnung zu reagieren. Weitere Informationen finden sich unter [www. http://nolte.jura.hu-berlin.de](http://www.nolte.jura.hu-berlin.de).

- Anfertigung einer völkerrechtlichen Dissertation im Bereich der Forschungsperspektiven der KFG
- Mitarbeit an Publikationen
- Mitarbeit in der Projektorganisation und der Durchführung von Veranstaltungen

Die Kolleg-Forschergruppe und deren Mitarbeiter/-innen haben ihren Arbeitssitz an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Einstellungsvoraussetzungen:

- 1. juristische Staatsprüfung

Erwünscht:

- Prädikatsexamen
- Schwerpunktbereichsprüfung im Völkerrecht
- sehr gute Englischkenntnisse und möglichst einer weiteren Sprache
- Fachspezifische Auslandsaufenthalte
- Bereitschaft zu interdisziplinärer Forschung

Für nähere Informationen zur Ausschreibung steht Ihnen Prof. Andreas Zimmermann, Tel.: (0331) 977-3516, Email: andreas.zimmermann@uni-potsdam.de gerne zur Verfügung.

Ferner sind im Rahmen der Kollegforschergruppe an der FU Berlin (Prof. Heike Krieger) und der HU Berlin (Prof. Georg Nolte) zwei weitere Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen E 13 TV-L HU bzw. 3/4-Teilzeitbeschäftigung E 13 TV-L HU (Drittmittelfinanzierung befristet für 3 Jahre, Verlängerung um 1 Jahr ggf. möglich) zu besetzen. Nähere Informationen dazu finden Sie unter

FU Berlin (<http://www.fu-berlin.de/service/stellen/index.html>)

HU Berlin (<http://www.personalabteilung.hu-berlin.de/stellenausschreibungen>)

Bitte teilen Sie in Ihrer Bewerbung mit, ob Sie gegebenenfalls auch an einer dieser anderen Stellen Interesse hätten.

Die Universität Potsdam strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen im wissenschaftlichen Bereich an und fordert Frauen nachdrücklich zur Bewerbung auf. Bei gleicher Eignung werden schwerbehinderte Bewerber/innen bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Bewerbungen sind mit aussagekräftigen Unterlagen bis zum 22.06.2015 unter Angabe der Kennung 129/2015 im PDF Format via Email an Prof. Dr. Andreas Zimmermann (schiller@uni-potsdam.de) zu richten.

9. Senior Research Fellow, German Institute of Global and Area Studies, Hamburg

Bewerbungsfrist 22. Juni 2015

The GIGA German Institute of Global and Area Studies / Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien is an independent social-science research institute based in Hamburg. It analyses political, social and economic developments in Africa, Asia, Latin America and the Middle East and combines this analysis with innovative comparative research on international relations,

development and globalisation, violence and security, and political systems. The GIGA seeks to hire a Senior Research Fellow

Applications are invited for a full-time position, with an initial contract of 3 years (tenured, permanent position after positive evaluation), starting as soon as possible. The salary is commensurate with TV-AVH / TVöD EG 14.

The successful candidate will work primarily on Africa south of the Sahara and in at least one of GIGA's four Research Programmes:

- RP 1 Legitimacy and Efficiency of Political Systems,
- RP 2 Violence and Security,
- RP 3 Socio-Economic Development in the Context of Globalisation,
- RP 4 Power, Norms and Governance in International Relations.

Your qualifications:

- A doctorate in a relevant academic discipline, preferably political science, political sociology or international law;
- ability to work in an interdisciplinary team;
- established track-record in attracting third-party funding in competitive procedures;
- excellent publications in one of the above mentioned fields;
- ability to engage in cross-area comparative and transregional studies, including an interest in other world regions than Africa.

The reconciliation of work and family life is of great importance to the institute. The GIGA promotes gender equality and actively encourages applications from women. Among equally qualified applicants, women will receive preferential consideration in those areas in which they are underrepresented.

Please fill out the GIGA application form (found at www.giga-hamburg.de/en/vacancies) and send it with your full application (Ref.-No. GIGA-15-05) including relevant supporting documentation (cover letter, CV, credentials/diplomas/certificates, list of publications, max. two work samples) to:

Gabriele Tetzlaff, GIGA German Institute of Global and Area Studies,

Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg, Germany

Email: jobs-iaa@giga-hamburg.de (email applications are particularly welcome).

Screening of applications will begin on 22 June 2015.

For further information, please visit the GIGA homepage (www.giga-hamburg.de) or contact Prof Dr Andreas Mehler (email: andreas.mehler@giga-hamburg.de, phone: +49 (0)40 - 42825-523).

IV. Summer Schools

1. 2015 Bologna Symposium on Conflict Prevention, Resolution & Reconciliation

27 June - 25 July 2015 (Deadline for application: 15. May 2015)

Nähere Informationen hier <http://ipsinstitute.org/bologna-2015/>

2. EIUC Venice School of Human Rights

Venedig, 26 June – 4 July 2015 (Deadline for application: 17. May 2015)

Nähere Informationen unter <http://www.eiuc.org/education/venice-school-of-human-rights.html>

3. 5 Scholarships, Ph.D. Programme in International Studies

University of Trento (Italy) (Deadline: 4. June 2015)

Nähere Informationen unter

http://static.uni-graz.at/fileadmin/rewi/Fakult%C3%A4t/Veranstaltungen/2015/2015_Call_Abstract_EN_28.04.2015.pdf

4. Master in Human Rights and Conflict Management

Scuola Superiore Sant'Anna, Pisa (Bewerbungsfrist 2. Juli 2015)

Via Cardinale Maffi, 27 - 56126 Pisa, Italy
E-mail: humanrights@sssup.it
Website: www.humanrights.sssup.it
Tel. +39 050 882653/55 Fax +39 050 882665

Call for Applications for the XIV Edition of the Master in Human Rights and Conflict Management - Scuola Superiore Sant'Anna (Pisa, Italy) - 2016

Applications shall be submitted online at www.humanrights.sssup.it

Applications for admission by non EU citizens shall be sent no later than July 2, 2015 (1st round of selection) or September 17, 2015 (2nd round of selection)

Applications for admission by EU citizens shall be sent no later than October 15, 2015.

Description: The Master in Human Rights and Conflict Management is designed to provide students from different cultures and backgrounds with a deep understanding of the linkages between human rights and conflict management theory and practice. The curriculum, strongly field oriented, prepares participants for working with NGOs, governments, aid agencies, the UN system and regional organisations, also operating in the context of complex emergencies and joint operations.

Structure: The Programme is divided into two didactic modules, running between mid January and the end of July 2016, followed by an internship or field experience of min. 3 and max. 6 months, starting from August 2016, and a presentation of the students' final dissertation in spring 2017.

Key features: • 1 year post-graduate professionalizing and field-oriented programme • Interdisciplinary nature of the programme with a methodology characterized by a combination of theory and practice • Lecturers and trainers chosen among high level academics, diplomats, international organizations officers and NGOs activists, thus offering a wealth of both academic and field expertise • Mandatory internship/field experience in leading organisations working in the areas of human rights protection/promotion, conflict prevention/resolution, humanitarian assistance or development, either in the field or at Headquarters • Career service with specific sessions on career coaching and recruiting session with UNV • International and multicultural student environment

Why should I apply? You should apply if you are looking for a professionalizing and mission/field-oriented international master programme, as offered by the Scuola Superiore Sant'Anna, an example of academic excellence in training and research. If your training needs include practical skills, besides relevant theoretical knowledge, as well as internship/field-experience with prestigious international organizations, this training programme is highly relevant for you.

Curriculum: The curriculum is strongly multidisciplinary and field oriented and includes courses in: International Law, International Humanitarian Law, International Human Rights Law, Geopolitics, HRs philosophical dimension, Economic Development, Theories and Techniques of Conflict Management, International PK and PB operations, International HR Field operations, International Election Observation missions, International Humanitarian operations, International Project Development, Personal security, Stress Management, Preventive Medicine & First Aid, Essentials of Research and Writing, Career coaching.

Internship: The internship is meant to supplement the in-class training with a relevant hand-on experience, to be carried out with a renowned organization working in the areas of human rights protection/promotion, conflict prevention/resolution, humanitarian assistance or development, either in the field or at headquarters.

Tuition fee: The tuition fee for the full Programme is 7.500,00 euros, payable in two installments. It covers the following: attendance costs and participation to field trips, didactic material (in electronic format), tutorship, lunch (on class and exam days), access to all facilities of the

Scuola (including library and computer rooms). It does not include accommodation costs in Pisa and during the internship, nor travel expenses.

The Master Programme offers one scholarship in memory of Gualtiero Fulcheri – former UN Assistant Secretary General - covering the full tuition fee and to be awarded to the most deserving applicant. Depending on financial availability, reduced tuition fee might be offered to citizens from non-OECD countries who are eligible for a study visa for Italy.

For further details, please visit www.humanrights.sssup.it or contact: Master in Human Rights and Conflict Management Scuola Superiore Sant'Anna Via Cardinale Maffi, 27 56126 Pisa - ITALY - email: humanrights@sssup.it Tel. +39 050 882653/55 Fax +39 050 882665

5. Human Rights in Conflict

Training course for civilian crisis management of the International Civilian Peacekeeping and Peace-building Training Programme (IPT), Stadtschlaining, 19-28 June 2015 (no deadline indicated)

HUMAN RIGHTS IN CONFLICT – Specialisation Course

19-28 June 2015

Stadtschlaining | Austria

Download the course description here:

http://www.friedensburg.at/uploads/files/Leaflet_IPT_Human_Rights_after_DL.pdf

Human rights monitoring, reporting, protection and promotion have become a common feature of multidimensional peace operations. Human rights work has become a specialised profession which requires adequate preparation, specific technical skills, and significant substantive knowledge for professionals wishing to serve in these operations.

The IPT Specialisation Course will enhance participants' understanding of international and regional human rights law and standards and equip them with the necessary specific competences and skills they will need to fulfil their tasks as members of a human rights field operation. The curriculum includes the theoretical as well as the practical aspects of an officer's tasks, such as the legal frameworks, monitoring, reporting, fact-finding, promotion of human rights, prevention of violations, etc.

1.410€ include tuition fees, course materials, coffee breaks, full-board accommodation in single rooms at Hotel Burg Schlaining, joint transport to and from the airport, and a social event.

Applications of qualified self-financed applicants can still be considered!

The course employs a mixture of theory and practice to equip participants with state-of-the-art methodologies derived from on-the-ground experience of the international faculty.

Please feel free to circulate the announcement and contact us at ipt@aspr.ac.at if you require any further information – THANK YOU!

We are looking forward to your application!
The IPT team at Schlaining Peace Castle

Impressum

Diese Mitteilungen wurden mit Unterstützung des Newsletterteams des Arbeitskreises junger Völkerrechtswissenschaftler*innen (AjV) erstellt. Informationen sind auch online in der Service-Rubrik des Völkerrechtsblogs unter <http://voelkerrechtsblog.com/service/> abrufbar und werden dort regelmäßig aktualisiert.

Hinweise auf Veranstaltungen, Stellenausschreibungen, Call for Papers und Konferenzen nimmt das AjV-Newsletterteam gerne unter ajvnewsletterredaktion@gmail.com entgegen.

Deutsche Gesellschaft für Internationales Recht

c/o Prof. Dr. Georg Nolte
Humbolt-Universität Berlin
Juristische Fakultät

Unter den Linden 6
10099 Berlin
Deutschland

<http://www.dgfir.de>
intlaw@rewi.hu-berlin.de